

Antworten Grüne RLP auf Wahlprüfsteine

Für Hebammen: Sichere Perspektiven schaffen

1. Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen für Hebammen in Rheinland-Pfalz verbessern – insbesondere in der klinischen Geburtshilfe?

Wir GRÜNE wollen verbindliche Personaluntergrenzen auch für Hebammen im Kreißaal. Wir setzen uns für Nachverhandlungen des Hebammenhilfvertrags ein, da dieser die wirtschaftlichen Grundlagen insbesondere der Beleghebammen und damit auch die geburtshilfliche Versorgung gefährdet. Außerdem wollen wir Arbeitsüberlastung, zu viele fachfremde Tätigkeiten und ungeeignete Arbeitszeiten abbauen.

2. Planen Sie Maßnahmen zur Förderung der Niederlassung freiberuflicher Hebammen, insbesondere im ländlichen Raum? Wenn ja, wie sehen diese Maßnahmen konkret aus?

Zur Unterstützung der ambulanten Hebammenversorgung, insbesondere in strukturschwachen Regionen, wollen wir eine flächendeckende, pauschale Niederlassungsförderung einführen. Die Förderung soll sich an den Erfahrungen in Hessen und Bayern orientieren.

3. Wie unterstützen Sie die akademische Weiterentwicklung des Berufs, z.B. durch den Ausbau von Masterstudiengängen und die Schaffung entsprechender Stellen?

Wir freuen uns, dass an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen schon ein Masterstudiengang "Innovative Versorgungspraxis in der Pflege und im Hebammenwesen" besteht. Die Einrichtung weiterer Masterstudiengänge würden wir unterstützen. Das muss einhergehen mit der Schaffung von entsprechenden Stellen für Hebammen mit Masterabschluss, die Leitungspositionen in den Kliniken und Geburtshilfeeinrichtungen, Praxen und bei sozialen Trägern übernehmen und in Forschung und Lehre arbeiten.

Für Familien: Flächendeckende Gesundheitsversorgung gewährleisten

1. Wie stellen Sie sicher, dass geburtshilfliche Einrichtungen für alle Familien in Rheinland-Pfalz innerhalb von 30 Minuten erreichbar bleiben – auch an Wochenenden und in Notfällen?

Für uns ist klar: Alle Geburtskliniken müssen erhalten bleiben. Bei der anstehenden Krankenhausreform legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung der Geburtshilfe. Wir setzen uns auch dafür ein, dass der G-BA die Mindestreichbarkeit für die Geburtshilfe – wie bei der anderen Grundversorgung – von 40 auf 30 Minuten Fahrzeit anpasst.

2. Welche Strategien verfolgen Sie, um die Schließung weiterer Kreißsäle zu verhindern und bestehende Beleghebammenteams zu erhalten?

Wir setzen uns dafür ein, dass die geplante Krankenhausreform schnellstmöglich in Rheinland-Pfalz umgesetzt wird, um die bedarfsnotwendigen Krankenhäuser zu stärken und sinnvolle Krankenhausstrukturen zu schaffen. In diesem Prozess muss die Geburtshilfe gestärkt werden, um weitere Kreißsaalschließungen zu verhindern. Zur Unterstützung der Beleghebammen muss der neu in Kraft getretene Hebammenhilfevertrag nachverhandelt werden, um die Verschlechterung der Vergütung der Beleghebammen wieder zurückzunehmen.

3. Inwiefern fördern Sie hebammengeleitete Einrichtungen (z.B. Geburtshäuser) und Präventionsangebote (z.B. stillfreundliche Kommune) in Ihrem gesundheitspolitischen Konzept?

Seit 2023 werden in Rheinland-Pfalz insbesondere durch unsere GRÜNE Initiative sieben hebammengeleitete Kreißsäle durch das Land gefördert. Diese Förderung wollen wir weiter ausbauen und in weitere Regionen tragen. Das Konzept "Stillfreundliche Kommune" wollen wir unterstützen.

Für eine zukunftsfähige Versorgungsplanung: Verlässliche Strukturen etablieren

1. Setzen Sie sich für die Einführung von Amtshebammen zur systematischen Datenerhebung und Versorgungsplanung ein? Wenn ja, wie?

Die Einführung von Amtshebammen würde nützliche und notwendige Zahlen und Daten über die Hebammenversorgung in Rheinland-Pfalz liefern und wäre so erst die Grundlage für gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung und Steuerung der Niederlassung von Hebammen. Insbesondere für strukturschwache Regionen können so unterstützende Maßnahmen ergriffen werden. Deshalb unterstützen wir diese Forderung ausdrücklich.

2. Welche innovativen Modelle zur Hebammenversorgung (z.B. Hebammen im Rettungsdienst, Hebammenzentralen) wollen Sie fördern und ausbauen?

Die Hebammenzentralen und hebammengeleiteten Kreißsäle in Rheinland-Pfalz haben die geburtshilfliche Versorgung verbessert, deshalb wollen wir sie auch in weiteren Regionen des Landes fördern. Auch Hebammen im Rettungsdienst sind unterstützenswert.

3. Wie binden Sie die Hebammenversorgung in die allgemeine Gesundheitsplanung ein – etwa bei Gesundheitsregionen oder Primärversorgungskonzepten?

Gesundheitsplanung muss sich an den Versorgungspfaden der Patient:innen ausrichten. Wir GRÜNE wollen daher Gesundheits- oder Versorgungskonferenzen in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft einführen und regionale Modellprojekte zur sektorenübergreifenden Versorgung („Gesundheitsregionen“) anstoßen – zunächst insbesondere in unterversorgten Regionen. Wir wollen die gemeinsame ambulante und stationäre Versorgungsplanung stärker voranbringen und dazu das gemeinsame Landesgremium stärken. In diesen Gremien müssen selbstverständlich auch Hebammen maßgeblich in der Planung und Koordinierung einbezogen werden.